



DIE GRÜNEN

INFORMATIONEN

für die Orts- und Kreisverbände

grüner basisdienst

Nr. 8/89

Regelmäßiger Rundbrief
der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN

September 1989

GRÜNE ./.. BRD

VerwG Köln (Hinspiel) **1 : 0**

OVG Münster (Rückspiel) **2 : 0**



Der Stein des Anstoßes: Das "Denk-Mal für die unbekanntenen Deserteure" - gegen den Willen der Bundesregierung von den GRÜNEN beim Bürgerfest in Bonn aufgestellt (Bildhauer: Mehmet Aksoy).

Editorial

Auch wenn in der Presse zwischenzeitlich was anderes gestanden hat: Es wird ihn geben, den Zweiten Perspektivenkongreß. Und zwar vom 17. bis 19. November in Saarbrücken. Dort also, wo die GRÜNEN vor fast zehn Jahren - im März 1980 - ihr Bundesprogramm diskutiert und verabschiedet haben. Und wo in nicht mehr ganz vier Monaten - am 28. Januar - hoffentlich grün gefeiert werden kann: wegen des Einzugs der GRÜNEN in den drittletzten Landtag, der von grüner Erneuerung bislang noch verschont geblieben ist.

Die Kontroverse, die in den letzten Wochen um den Perspektivenkongreß entstanden war, entzündete sich an einer im Bundesvorstand als unzureichend empfundenen Konzeption der Vorbereitungsgruppe, die die Durchführung des Kongresses zum ursprünglich geplanten Termin - Anfang Oktober - in Frage stellte. Der Bundesvorstand schlug als neuen Termin Mitte Januar vor, um Zeit für eine gründliche Überarbeitung der Konzeption zu gewinnen und den Kongreß zusätzlich mit einer grünen 10-Jahres-Feier zu verbinden. Sowohl der späte Termin als auch die Tatsache, daß der Bundesvorstand bei seiner Neuentscheidung eine Rücksprache mit der Vorbereitungsgruppe bzw. die Einberufung eines Sonder-BHA versäumt hatte, stießen auf heftige Kritik. Wie es so ist bei Grüns: es folgten ein paar Sondersitzungen und die Sache wurde wieder ins Lot gebracht. Der BHA hat am 23. September den neuen Termin und Ort sowie eine Neuvorlage der Vorbereitungsgruppe beschlossen, die gegenüber dem ersten Entwurf stark gestraft wurde.

Das Kongreß wird am Freitagnachmittag mit einem Auftaktplenum unter dem Titel "Wohin soll die Reise gehen? Ökologische Vision und Industriegesellschaft" beginnen. Am Samstag finden 6 Foren statt, jeweils 3 Foren parallel vormittags und nachmittags. Die Themen: autonomes Frauenforum (Männer-Rollback gegen Frauenrechte), Ökologischer Kapitalismus oder ökologische Alternativen zum Kapitalismus, Umbruch im Osten - Im Westen nichts Neues?, Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie? (Freiheit mit Sicherheit / Multikulturelle Konflikte in der multiethischen Gesellschaft), Zukunft der Arbeit und neue soziale Strukturen, Fooddesign und Menschenzüchtung - Die Industrialisierung des Lebendigen. Auf dem Abschlußplenum am Sonntagvormittag soll sich dann das zentrale Kongreßthema vorgeknöpft werden: "Was wollen die GRÜNEN? Was bringt GRÜN-ROT?"

Klar, daß es auch Kulturveranstaltungen auf diesem Kongreß geben wird. Neben mehreren Vorstellungen des Münchner Kindertheaters TEATRO ZAPALOT wird es am Samstagabend eine kulturelle Veranstaltung zum Thema VerbraucherInnenpolitik geben, auf der u.a. FARAFINA aus Bukina Faso das tun werden, was sie auch auf dem Nelson-Mandela-Konzert letztes Jahr im Londoner Wembley-Stadion und auf der neuen Stones-LP "Steel Wheels" getan haben: sie singen und spielen zum Tanz auf. Das vollständige Kongreßprogramm wird ungefähr zeitgleich mit diesem gbd verschickt werden. Bleibt also zu sagen: Lafontaine, paß auf - DIE GRÜNEN kommen! jrs

Impressum:

Herausgeberin: DIE GRÜNEN, Postf. 1422, 5300 Bonn 1,
Tel. (0228) 72613-0, FS: 886330 grbv d, Fax: (0228) 72613-99
V.i.S.d.P.: Eberhard Walde

Redaktion: Sibilla Drews, Jürgen Reents, Ewald Zimmer
Satz & Layout: Raimund Dahm

Druck: Teff Bergerhausen, Wolf Lohkampff
Titelfoto: Markus Junker, Bornheim

GRÜNE - BRD 2 : 0 !

Die Bundesregierung plante zum 23. September 1989 ein großes Fest zum "Geburtstag der Republik". Alle sollten kommen und feiern. Eine in der Bundesgeschäftsstelle der CDU residierende Agentur bekam 3,2 Millionen Mark und den Auftrag, das "Bundesfest" auszurichten. Die Agentur legte dann auch bald Konzepte vor: 40 Bierbuden (für jedes Jahr eine), große Show mit Fernsehliebling McGottschalk, Schwarzbraun-Sänger Heino unter dem Titel "Mode, Musik, Motoren"; Miniatur-IAA; ganz viele Großfotos ehemaliger und derzeitiger Bundeskanzler, vor allem des derzeitigen; der erste Wehrpflichtige der neuen deutschen Bundes-Wehr(macht) sollte genau so geehrt werden wie der erste Gastarbeiter. Kriegsdienstverweigerung und Zufluchtsuche Verfolgter kamen im Konzept nicht vor. Aber natürlich sollten DIE GRÜNEN nicht fehlen, immerhin sind sie Teil des demokratischen Gefüges unserer Republik und haben in letzter Zeit ja zunehmend konstruktiv an der politischen Willensbildung in diesem unseren Lande mitgewirkt. Beispielsweise ließ die Stimmabgabe der überwiegenden Mehrheit grüner Abgeordneter aus Bund und Ländern bei der Wahl des Bundespräsidenten ja kaum noch Spielverderberei befürchten. So wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Bundestag eingerichtet, die den Chefjübler Staatssekretär Waffenschmidt beraten sollte. Und es auch tat.

Im Sommer wurden Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle dann mit dem erarbeiteten Jubelkonzept konfrontiert, waren aber nicht willens, die ihnen zugedachte Feigenblatt-Funktion auszufüllen. Auch wollten sie nicht dem Beispiel der SPD folgen und inmitten aller Peinlichkeiten und Geschichtsklitterei ein Bierzelt aufbauen. Die Alternative zum freien Wochenende der MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle war, ein Thema aufzugreifen, was den OrganisatorInnen nun überhaupt nicht paßte. Und was eignete sich da besser, als die Aufstellung des Denkmals für den unbekanntesten Deserteur, welches bereits in Bonn, Ulm und anderswo zur Selbstdemaskierung so mancher PolitikerInnen aller anderen Parteien geführt hatte. Auch konnte dieses Bundesfest eine gute Gelegenheit bieten, öffentlich auf den Mut von vielen Tausend Männern, sich nicht an dem unvergleichlichen Verbrechen des zweiten Weltkrieges beteiligen zu wollen, hinzuweisen.

Die Bundesregierung reagierte unverzüglich mit einem Verbot der Aufstellung des Denkmals unter den fadenscheinigsten Begründungen. Es sei zu schwer, es sei zu groß, die anderen Parteien hätten verzichtet, Heißluftballons fliegen zu lassen etc. Das durch den Bundesgeschäftsführer angerufene Verwaltungsgericht in Köln mochte diesen Begründungen nicht folgen, da es doch unbestritten war, daß bereits aufgebaute Bühnen, Zelte etc. viel größer und schwerer waren. Dann kamen die Herren Regierungsvertreter allmählich mit ihren wahren Gründen heraus, das Denkmal und die Diskussion darum passe nicht in das Konzept des Festes, welches 40 Jahre BRD-Geschichte abfeiern soll. Nach kurzer Diskussion um Meinungsfreiheit und um unbewältigte Vergangenheit befanden die Richter, daß DIE GRÜNEN dieses Denkmal aufstellen dürften. Die letzte Hoffnung der Bundesregierung, beim Oberverwaltungsgericht in Münster doch noch zu gewinnen, zerann dann ebenfalls rasch. Daß beide Gerichte bei der Kostenfestsetzung recht großzügig waren und der Bundesregierung die Kosten voll anlasteten, freute besonders den Anwalt der Geschäftsstelle: Er sparte sich diesmal doch die leidige Diskussion um Solidaritätshonorare und um steuerabzugsfähige Parteispenden. ew

Desinteresse der Jugendlichen - Unsicherheit der Alten

Die Jugendkontaktstelle, durch den Beschluß der LMV Hessen im Oktober '87, wurde für den Bedarf jugendlicher Mitglieder des Landesverbandes eingerichtet. Mit ihrer Betreuung waren bisher fünf Leute beschäftigt. Derzeit ist sie zweimal wöchentlich besetzt. Die Einrichtung wurde erforderlich, da die damals einzige von Jugendlichen ausgehende Initiative in den GRÜNEN Hessen - der Grüne Jugendstammtisch Frankfurt - erkannte, da jugendlichen Bedürfnissen in den bestehenden Strukturen nur unzureichend entsprochen werden konnte.

DIE GRÜNEN beriefen sich leider immer noch auf die ebenso überalterte wie dumme Aussage, die GRÜNEN müßten sich nicht explizit um Jugend kümmern, da sie ohnehin eine "junge" Partei seien. Diese Aussage hatte insofern Gültigkeit, als das die Wahlergebnisse der ersten Wahlen, zu denen DIE GRÜNEN als Partei antraten, ein sehr positives Ergebnis an Jungwähler/innen-Stimmen aufzuweisen hatten. Nicht primär die Ergebnisse der Wahlen in den folgenden Jahren, in denen sämtlich reihenweise Jungwähler/innen verloren gingen, sondern vielmehr die Situation in den Landes-, Kreis- und auch Ortsverbänden machte ein erhebliches Defizit im Bereich Jugendarbeit deutlich. Insbesondere auch, daß Jugendliche mit GRÜNEN Inhalten und Programmatik eigentlich garnicht mal soviel anfangen können, und daß die Mitglieder und Funktionäre mit der Lösung dieser Problematik bis dato scheint völlig überfordert sind.

Eine Teillösung für den Landesverband stellte die Einrichtung der Jugendkontaktstelle dar. Man/frau gab der Forderung der Jungs und Mädels nach einer personellen Besetzung im Landesverband in flügelübergreifendem Einverständnis nach und wiegte sich in der Zufriedenheit, unheimlich viel für die Jugend getan zu haben. Was war aber das real faßbare Ergebnis? Die finanzielle Absicherung einer Stelle und die Gewißheit, daß in Zukunft ein Anlaufpunkt für Interessierte besteht, sowie eine Person die an diesem Anlaufpunkt mehr schlecht als recht herumwurschtelt.

Das Gewurschtel lief darauf hinaus, daß mehrfach der Versuch gestartet wurde, ein gemeinsames Treffen aller betroffener Jugendlichen, also derjenigen, die in ihrem Kreisverband sitzen, zwar interessiert sind, aber mit vorgefundenen Leuten und Struktur nur relativ wenig anfangen konnten, abzuhalten. Die Versuche waren ebenso reichlich wie sinnlos, da sich immer nur die gleiche Handvoll gegenüber saßen. Extern wurden Kontakte zu anderen Jugendinitiativen aufgebaut, Gespräche geführt, um sich gegenseitig kennenzulernen, um mögliche gemeinsame Linien zu finden in denen eine Zusammenarbeit möglich wäre. Schnell stellte sich ein strukturelles Problem: Der Kontakt der paar engagierten Jugendlichen bei GRÜNEN mit externen Gruppierungen (BUND-Jugend, Gewerkschafts-Jugendliche u.a.) stellte sich fruchtbarer dar, als der Kontakt unter GRÜNEN Jugendlichen selbst. Dieser war bisher kaum zu verzeichnen und wenn, dann sehr zäh. Daraus ließe sich natürlich ein recht profanes Resümee ziehen: Wenn ein allgemeines Interesse an grünen-al-

ternativen Themen seitens der Jugend nicht besteht und sich deshalb eine Mitarbeit bei den GRÜNEN für Jugendliche nicht lohnt, dann schließen wir die JUKS und warten ab, ob sich in den nächsten Jahren von selbst was tut.

Nur ganz so einfach ist die Sache eben doch nicht. Zum einen haben sich in den vergangenen zwei Jahren durchaus, wenn auch nur vereinzelt Jugendaktivitäten in den Kreisen herausgebildet. In Hessen existieren z.Z. vier Jugendgruppen auf Kreisebene:

1. Der Jugendstammtisch Frankfurt als die z.Z. stärkste Initiative, die auch mit ihrem 2 1/2-jährigen Bestehen die älteste ist. Der Stammtisch, von seinen Mitgliedern liebevoll STATI genannt, bestand ursprünglich überwiegend aus Studenten der Uni Frankfurt - heute mehr und mehr auch aus Schülern und Azubis. Daraus bildetet sich auch eine Uni-Gruppe, die heute in Konvent und AStA arbeitet (z.Z. insbesondere am Problem studentische Wohnungsnot). Der Stammtisch initiierte



Foto: Ralph Rieth, Berlin

bereits auf kommunaler Ebene verschiedene Veranstaltungen

- hessischer Jugendkongreß
- Wahlkampfveranstaltungen
- TexBoy mit BUND zusammen
- Mitgestaltung des Frankfurter Kommunalwahlprogramms: insbesondere "Rock-Senator"
- politische Bildungsarbeit gemeinsam mit der gewerkschaftlichen AG-Proper - heute in Prolog e.V.

Er ist vertreten im Frankfurter Stadtparlament und Magistrat.

2. Die grüne Aktionsjugend (GAJ) Erbach gegründet im Februar '89.

- Beteiligung an kommunalen Themen
- Protestveranstaltungen am im Kreis befindlichen Muni-Depot
- Teilnahme an antifaschistischen Aktionen im Kreis
- Multikulturelles Fest
- Gründungskonzept für Jugendzentrum, daß parteiunabhängig fortgeführt werden soll.

3. Der Jugendstammtisch Groß-Gerau gründete sich im April 88.

- Aktion nach Biblis-Störfall
- Kommunalpolitische Arbeit in den Orten des Kreises (vertreten in Stadt- und Kreisparlamenten)
- geplantes Fest in Kelsterbach "sozialer Brennpunkt"

4. Die grün-alternative Jugend Hofheim und Kriftel (Main-Taunus) hat sich im Februar 88 konstituiert.

- Diskussionsveranstaltung mit J. Fischer
- Zusammenarbeit mit Juso's: Geplanter Beratungsabend für KDV's; Setzen sich gemeinsam für eine Städtepartnerschaft mit einer Ostblockstadt ein.

Durch die Initiative der Juks gibt es in weiteren sechs Kreisen Kontaktpersonen, die den Jugendbereich im KV vertreten. Alleine diese Tatsache trägt entscheidend zu der Notwendigkeit des Fortbestandes der JUKS bei.

Die Hauptaufgabe der JUKS muß im Augenblick die Entwicklung einer Diskussionsstruktur unter den bestehenden Jugendgruppen und Einzelpersonen sein - wie es ihr mit dem GNW europaweit bereits gelang. Die Initiatore/innen eini-

ger Gruppen beklagen, daß sobald sie "ihren" Teilnehmer/innen nichts an Aktionen bieten, die Leute wieder weglauen. Sie selbst sehen sich unter Zugzwang gesetzt, ständig ein möglichst großes Angebot an Polit-Konsummöglichkeiten zu geben. Besonders schlimm wird es nach erfolgreich durchgeführten Veranstaltungen: Da hatten alle was zu tun und danach wartet man/frau auf die nächsten Arbeitsanweisungen der "Macher/innen". Diese selbst wollen eigentlich weniger in die Funktionärs-Ecke gestellt werden, sondern entgegen der Erfahrungen, die viele in KVs gemacht haben ("einer gibt's vor und alle führen's aus") viel lieber in einem Kollektiv, in dem jede/r die gleiche Verantwortung trägt, arbeiten. Solange hier keine Diskussionsstruktur besteht, sitzen die Leute in ihren Orten oder Kreisen dann eben ziemlich alleine da.

Die Jugendkontaktstelle selbst kann in ihrer Funktion hier nur organisatorische und koordinative Aufgaben übernehmen und ist in jeglicher inhaltlicher Arbeit von Initiativen und Aktionsdrang ihrer Basis abhängig.

Hier in Hessen, genauso wie in allen anderen Landesverbänden - bis hin zum Bundesverband, muß eine Diskussionsstruktur erarbeitet werden, die uns jugendlichen Mitarbeit und Mitbestimmung bei den uns betreffenden Themen gewährleistet. Sie muß aber auch den Parteigremien die Möglichkeit geben, uns als Bestandteil der politischen Landschaft wahrzunehmen. Unserem Eindruck nach besteht zumindest seitens des LVs Hessen aber auch des BVs eine erhebliche Unsicherheit. Es weiß keiner so recht was wir eigentlich wollen.

Mit dieser Aussage ist eine Aufgabe sowohl an die Parteigremien wie auch an uns, die Jugendlichen, formuliert. Selbstverständlich sind wir - aus unserem eigenen Interesse heraus - aufgerufen uns zu artikulieren. Aber schreien oder bettelnd winseln, um auch gehört zu werden, empfinden wir nicht als adäquate Rolle. Dies müssen die Parteigremien in ihrer Verantwortung wahrnehmen. Alle Erfahrung mit Jugendarbeit hat uns gezeigt, daß Politik ohne Spaß und Spaß ohne Erfolgserlebnisse - diese aber ohne Gespräche, Zusammenarbeit und Einflußmöglichkeiten - nicht denkbar sind. Wir machen

dann halt keine Politik in diesen undynamischen Parteistrukturen.

Möglicherweise besteht also garnicht ein so großes Desinteresse seitens der Jugendlichen selbst, sondern vielmehr ein Desinteresse seitens der "Alten", welches sich als Unsicherheit konstatieren ließe. Tatsächlich läßt sich die Situation etwa bei KV-Sitzungen dahingehend reduzieren, daß diejenigen, die sich nicht laut genug Gehör verschaffen können, eben nichts zu melden haben, wodurch die Thematik "Jugend" schnell wieder von der Tagesordnung gewischt ist. Dem entgegen steht dann aber, daß sich allerorts jede/r gerne mit dem Putz eines funktionierenden Jugendbereiches schmückt. Aber selbst ein funktionierender Jugendbereich bekommt Probleme, wenn er sich laut genug Gehör verschafft - wie wir hier in Hessen bei der Wahl eines Jugendlichen in den LaVo erfahren haben.

Die Frage danach, was denn jetzt eigentlich Jugendthemen charakterisiert, ist einfach zu beantworten. Da sind einerseits klassische Bereiche, die hauptsächlich Jugendliche direkt betreffen: Erziehung, Schule, Ausbildung, Studium und meist schon vergessen Freizeit und ihre Gestaltung. Unser Selbstverständnis gründet sich aber auch darauf, daß wir uns zudem und gerade mit allen anderen politischen Bereichen beschäftigen. Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Ausländer-, Verkehrspolitik, Gentechnik, Rüstung und Militär betreffen uns direkt. Letztlich bestimmt die Summe der Auswirkungen, der heute getroffenen Entscheidungen unser ganzes Leben. Wir haben darunter länger zu leiden als ihr, und die Aussichten sind zum Kotzen. Die Utopie einer veränderten Gesellschaft von friedlichen, ressourcenschonenden, freizugestaltenden Lebensformen ist der wesentliche Teil unseres Engagements. - Auf dem BHA im Herbst können wir uns ja darüber unterhalten, was jugendspezifisch daran ist.

Kerstin Treber-Frühwacht
Juks Hessen
(Jugendstammtisch Groß-Gerau)

Robert Hübner
Lavo Hessen
(Grüner Jugendstammtisch Ffm)

FAMILIE GRÜN MIT KINDERWÜNSCHEN

oder: Die Vision eines grün-jugendlichen Diskussionszusammenhanges inklusive einer Jugendkontaktstelle in Bonn

Teil I: Die Partei und das Problem

Es regt sich was bei GRÜNs. Voller Entsetzen konstatiert man zwei fulminante Brocken in der Ökosuppe.

Da wäre zum Vorderen die Erkenntnis des Alterns zu notieren. Dieses Phänomen hat sich trotz massiven, passiven Widerstand in die Gebeine der 68er Grufties geschlichen. Ein Tatbestand biologischer Art, den man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch mit anderen im Diesseits lebenden Organisationen gemein hat.

Die zweite - sowenig neu, wie bestrittene - sensationelle Tatsache: Man hat ein Jungvolk. In der Quantität schwankend, mal mehr, mal weniger, aber selbiges lebt, trotz heftiger Dementis, trifft sich und diskutiert. Je bunter, je munter. Lokal, regional, national und - der letzte Hit - europaweit.

Synthese aus eins und zwei: GRÜNs werden älter und haben eine Jugend. Aha.

Das Niveau sollte an diesem Punkt vielleicht doch vertieft werden, um nicht auf eine Ebene mit einem Artikel eines wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazins zu selbigem Thema zu gleiten.

Mit der Veränderung der Partei DIE GRÜNEN zum Angepaßten entsteht der Bedarf nach einem radikalen Aushängeschild, das die traditionellen Wähler schonnt. DIE GRÜNEN rasen auf die Egalisierung mit den Altparteien zu, wie die Altsponsis auf die Glotze, wenn es die Sportschau gibt. Mitregierung aller Orten, G.O.-Debatten, Aktenberge bauen und verkleisterte Denkstrukturen. Diskussionen um Utopien oder radikale Entwürfe sind längst abgehakt. Selbst die realpolitische Umsetzung der einst erarbeiteten Selbigen gelten in den Hochburgen der Pragmatiker (Realos wagt man sie kaum noch zu nennen) als schlechter Treppenwitz. Fundis oder Linke - der Trauer um die täglich aufgegebenen Grundsätze nicht müde werdend - schau-

en den politischen Aufschlägen der Parteirechten hinterher, als ob sie als Trainingspartner gegen Boris Becker auf dem Platz stehen würden. Die Strömung der Zukurzgekommenen - namens Aufbruch, derweilen mit stündlichen Abgrenzungs- und Klügelbemühungen beschäftigt, wird mehrheitlich mit einem müden Lächeln beschieden.

Daß in dieser festgefahrenen und verkrusteten Struktur die Mehrheit der Jugend in den - oder nahe den GRÜNEN etwas anderes will, ist etwa so neu wie die Tatsache, daß Helmut Kohl Bundeskanzler ist. Lustvoll und radikal ist angesagt. In der Realpolitik mitmischen - für die Utopie. In anderen Formen und anderen inhaltlichen Schwerpunkten. Und eben dies paßt der geläuterten Partei, ob des braven Images mächtig ins Konzept. Radikales Aushängeschild gesucht zur Anbindung wichtiger Prozente. Lieber Junge Grüne als Fundis. Kontrollierbare Jugendorganisation, wo bleibst Du?

Doch so leicht läßt sich auch die Jugend das Nutella nicht vom Brot nehmen. Instrumentalisieren? Nein danke. Die inhaltliche Arbeit wird trotz aller Hintergedanken fortgesetzt.

Teil II: Die Jugend und das Problem

Es gibt bundesweit keine organisierte GRÜNE Parteijugend. Es gibt eine GABA. Und wie der Name schon sagt, neben GRÜN auch bunt und autonom. Die Arbeit findet für GRÜNE Ansprüche mäßig aber regelmäßig statt. Das Bild der Teilnehmer zeichnet sich in der Strukturfrage durch zwei extreme Positionen aus: Zum einen die Jungdemokraten, nicht zufällig der Motor der GABA, wachen wie die Hüter GRÜNER Jugendstrukturen über jede jugendliche Aktivität in der grünen Republik, gleichzeitig aber keine Gelegenheit auslassend, ihre Unabhängigkeit von den untergehenden GRÜNEN zu betonen.

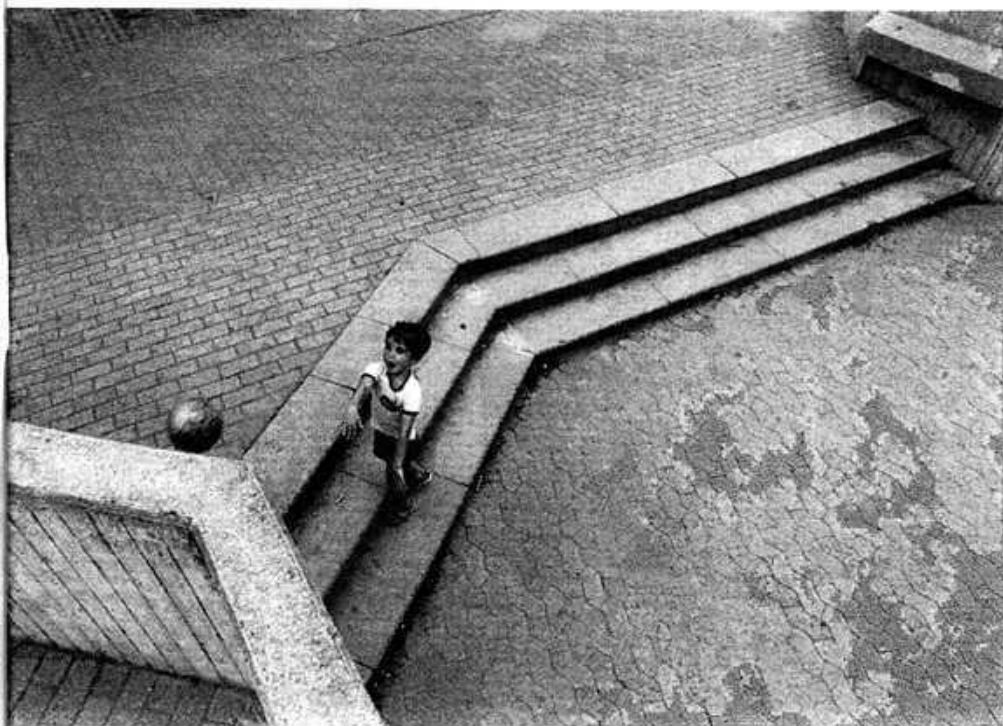


Foto: Frank Rogner, Bielefeld

Auf der anderen Seite warten die Jungen Grünen Schleswig-Holstein auf das Sprungbrett "bundesweite Jugendorganisation", artig auf die Karriere im Parlament hoffend.

Der Weg in der Frage einer Diskussionsstruktur für DIE GRÜNEN Kids muß dazwischen liegen. Zwischen neurotischen Existenzängsten der Judos und der Karrieregeilheit einiger Jugrüs lebt eine Vernunftslösung:

GRÜNE Jugendliche haben ein Bedürfnis, sich auch bundesweit zu treffen und zu diskutieren. Und dies zurecht auch ohne das gesamte links-alternative Spektrum, wie es in der GABA (glücklicherweise) vertreten ist. So wichtig die Vernetzung links-alternativer Jugendspektren ist, so wichtig und legitim ist es, dem Bedarf eines bundesweiten Diskussionszusammenhanges für GRÜNE Jugendliche und deren Sympis nachzukommen. Der Zug aus den lokalen und regionalen Jugendorganisationen der GRÜNEN rollt auf Bonn zu. Dabei droht er in seinen festen Strukturen perspektivisch als Alternative zur GABA selbiger den Garaus zu machen.

Der Vorschlag muß daher lauten:

Rasche Herstellung eines bundesweiten Jugend-Diskussionszusammenhanges (keine Organisation!) für GRÜNE (plus Sympis im engeren Sinne), die aber aktives Mitglied der GABA bleiben muß. Desweiteren richtet die Bundesgeschäftsstelle eine Jugendkontaktstelle (JUKS) ein, um endlich einen bundesweiten, direkten (am besten jugendlichen) Ansprechpartner zu haben.

Nur diese Lösung kann den hektischen Diskussionen um die Jugrüs ein Ende bereiten, gleichzeitig aber GRÜNEN Jugendlichen eine Perspektive bieten.

Ein Modell für eine solche Lösung kann das GRRÜNE NETWORK (West-Germany - GNW) sein. Das GNW versteht sich als bundesweiten Zusammenschluß grüner Jugendlicher, die vor allem europapolitisch arbeiten wollen (daher auch dieses blöde West-Germany beim GNW). Gleichzeitig ist und bleibt das GNW aktives Mitglied der GABA. Das GNW arbeitet selbständig - europaweit -, will die Europafrage um 1992 in grünen Zusammenhängen diskutieren, konkrete Vorschläge

und Konzepte erarbeiten, aber parallel dazu im links-alternativen Spektrum - sprich GABA - diskutieren und gemeinsam handeln.

Letzteres ist bereits erfolgreich geschehen. Und zwar zum 3. Internationalen links-alternativen Networkcamp im Juli '89 in Südfrankreich. GNW organisierte und bereitete für die deutsche Delegation vor, gemeinsam mit den Judos lud man ein (über die GABA). Schließlich waren die Deutschen die zweitgrößte Delegation von 300 Teilnehmern aus 12 europäischen Staaten, die der Lust an Diskussion und Sonne fröhnten. (Ein Dokument erscheint im November.)

Eine solche Lösung einer Zusammenarbeit sollte auch national funktionieren. Einen GRÜNEN Diskussionszusammenhang mit JUKS als aktiver Bestandteil der GABA. Die perspektivisch beste Variante. Für Familie GRÜN und ihre Kids.

Marcus Bocklet

Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des GRÜNEN NETWORK (GNW) und Mitglied des GRÜNEN Jugendstammtisches Frankfurt/M.

Memminger Urteil muß fallen !

Im Mai d. J. wurde der Gynäkologe Dr. Theissen wegen "illegaler Abtreibung" verurteilt. Hiermit soll ein Präzedenzfall geschaffen und eine weitere Verschärfung in der Auslegung des bestehenden § 218 StGB durchgesetzt werden.

Dieser Prozeß diene zur massiven Einschüchterung aller Frauen. Eindeutig machte der Staat klar, wer hier über Leben und Körper von Frauen entscheidet! Ein ähnliches Ermittlungsverfahren aus jüngster Zeit in Koblenz zeigt, welcher Stein hier in's Rollen gebracht wurde.

In unser aller Interesse darf dieses Urteil nicht bestehen bleiben!

Um die immensen Kosten für Prozeß und Revisionsverfahren aufbringen zu können, werden dringend SPENDEN benötigt:

Solidaritätskonto Dr. Theissen, Bank für Gemeinwirtschaft München,
BLZ 700 101 11 - Kto.-Nr. 1700 678 604

Streichung des § 218 ! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau !

GRÜNE JUGENDPOLITIK: Ganz ungeniert etabliert?

"Denn eine Gruppe ist meist nicht mehr wert als diejenigen, welche sie bilden, und Geschäftiges, worin sich niemand bewegt, wird schließlich nur Wiederholtes, folglich Stockung. Gemachte wie freiwillige Nullen addieren sich nicht, und getretener Quark wird breit nicht stark."

(Bloch)

Für Jugendliche gibt es bei den GRÜNEN wohl kaum eine langweiligere Debatte als die über Grüne Jugendpolitik. Das ewige Gejammer über die eigene Unzulänglichkeit, wie jüngst wieder von Siggie Martsch (Vorstandssprecher NRW) im SPIEGEL - "Die Art, wie wir Politik machen, ist jugendfeindlich und abschreckend"¹⁾ - ist nur noch peinlich. Und das nicht zuletzt deshalb, weil es den Anschein hat, daß hinter dieser Selbstentblöbung - "Wir sprechen deren Sprache nicht mehr" (Suhr)²⁾ - etwas völlig anderes steht als die Anerkennung Jugendlicher als selbständige politische Subjekte. Un-erträglich wird es - wahrscheinlich nicht nur für Jugendliche - wenn sich die "FürsprecherInnen" der armen vernachlässigten GRÜNEN Jugend dazu äußern, was die Jugendlichen denn nun im allgemeinen und von den GRÜNEN im besonderen wollen: "Beliebt sind die 'kleinen' Aktionen mit sichtbarem Resultat: Vögel beringern, Krötentunnel anlegen, Feuchtbiotope pflegen, Friedenstauben verteilen..." (Folkers)³⁾ oder "Wer den Eindruck erweckt, daß er dem 16jährigen das Moped wegnehmen will, der macht sich nicht beliebt" (Suhr)⁴⁾. Wer den Eindruck erweckt, besser zu wissen, was Jugendliche wollen, als diese selber, sollte lieber den Mund halten. Leider ist GRÜNE Schwätzerei über die Jugendlichen ziemlich verbreitet: "Die Jugendlichen von heute haben zu Themen wie den Neuen Technologien ein ganz anderes Verhältnis" (Huß)⁵⁾ oder "Das Weltbild der Jugendlichen, sicher auch im Fernsehen geschult, ist nicht strukturell, sondern konkretisch" (Folkers)⁶⁾. Ja ja, "Die Jugendlichen von heute" ... mit dem Slogan ließe sich doch eine prima Werbekampagne für DIE GRÜNEN machen.

GRÜNspan angesetzt

Jung sein und Jugendlichkeit sind ein Muß für Attraktivität - in allen Bereichen. Das gilt für DIE GRÜNEN als die junge Partei ganz besonders. Seit ca. zwei Jahren entdecken GRÜNE FunktionärInnen in regelmäßigen Abständen etwas gar Schreckliches: den Jugendschwund. Peinlich, peinlich, glaubten sich DIE GRÜNEN noch in der Spätpubertät und fanden sich in der Midlife-Crisis. Daß DIE GRÜNEN "jugendpolitisch unterbeleuchtet" (Schlauch)⁷⁾ sind und Jugendliche "reihenweise abschrecken" (Peick)⁸⁾, scheint mittlerweile GRÜNER Konsens zu sein. Manche sehen die Folgen für DIE GRÜNEN sogar analog zur Problemlatik der Rentenpolitik: "... höchste Zeit, daß wir uns mit dem Problem der Vergreisung auseinandersetzen" (Hanert)⁹⁾. An schlüssigen Beweisführungen allerdings fehlt es.

Die Haltung vieler GRÜNER gegenüber "der Jugend" macht an sich schon deutlich, warum genug Jugendliche einfach keine Lust haben, sich mit ihnen herumzuzügeren. Denn hier wird oft genug klar, daß Jugendliche als politisches Subjekt nicht ernstgenommen werden: "Ihnen fehlt weniger Freiheit als Orientierung" (Folkers)¹⁰⁾. Pädagogik statt Politik erzeugt bei vielen politischen Jugendlichen nun mal keine Begeisterungstürme. Befremdlich ist, daß für viele GRÜNE die Defizite GRÜNER Jugendpolitik rein quantitativer Natur sind. Die meisten jugendpolitischen Debatten werden eben nicht um die Ausgestaltung einer emanzipatorischen Jugendpolitik, sondern um statistische, organisationspolitische und wahltaktische Fragen geführt. Das legt den Verdacht nahe, daß es schlicht darum geht, eine wichtige gesellschaftliche Gruppe stärker in die Partei einzubinden, also Nachwuchs zu rekrutieren. Das Pro-



Foto: Martin Langer, Bielefeld

blem der GRÜNEN in ihren Augen ist nicht, die inhaltlichen und programmatischen Defizite aufzuarbeiten, sondern die (angeblich) so lichten jugendlichen Reihen aufzufüllen. Frei nach dem Motto: Wer ist die/der beste RattenfängerIn in GRÜNEN Landen?

GABA GABA HEY

Die Frage nach der Orientierung alternativer Jugendlicher hat schon in ersten Zusammenhängen grün-autonom-bunt-alternativer Jugendgruppen (GABA) auf Länder- und Bundesebene die Geister gespalten. Seit 1986 organisierten sich dort - zu besten Zeiten - ca. 50 Jugendgruppen, die ein ziemlich breites Spektrum umfaßten: Von Leuten aus linkssozialistischen Gruppen über Feministinnen, AnarchistInnen, UmweltschützerInnen bis hin zu JungdemokratInnen und GRÜNEN. Trotz einiger regionaler Foren und zweier gemeinsamer Bundeskongresse gelang es nicht, GABA zu einem handlungsfähigen politischen Zusammenhang zu organisieren. Die geführten politischen Diskussionen wurden leider nicht angemessen vertieft, gruppenübergreifend verankert und aktionsorientiert oder programmatisch umgesetzt. Angesichts der dagegen frühzeitig aufbrechenden, nie enden wollenden Struktur- und Organisierungsdiskussion wundert es nicht, daß GABA schließlich nur noch aus einigen Unentwegten bestand, die von ihrer Zahl her vielleicht eine gemeinsame Ortsgruppe hätten aufmachen können.

Vor allem die Jungdemokraten, sich selbst auch schon mal gerne als die grün-nahe Jugendorganisation gehandelt, trugen zur politischen Handlungsunfähigkeit durch langweilende Struktur- und Legitimierungsdiskussionen bei. Sie versuchten konsequent, GABA handlungsunfähig zu halten und politisch zu marginalisieren. Die Ursache dafür war hauptsächlich die Angst vor dem Verlust ihres Status als der Jugendverband im grün-nahen Spektrum. Das hatte zur Folge, daß sie versuchten, GABA zielgerichtet zu destruieren, GABA-AktivistInnen als "KarrieristInnen" zu diffamieren und auf Konfrontation zu gehen. Die daraus resultierende Kritik an und politische Antipathie gegenüber den Jungdemokraten schätzte E. C. Stolper, damaliger Bundes-

vorsitzender der Jungdemokraten, so ein: "Wir sind einigen Leuten, die möglichst schnell mit möglichst vielen Tricks einen Grünen Jugendverband haben wollen, auf die Füße getreten... sie wollen sich ein Forum dafür schaffen, die Politik der Alten nachzuspielen... wir sollten uns nicht schämen, daß wir - im Gegensatz zu vielen dieser Jugendgruppen... etwas auf die Reihe bekommen." 11). Na ja...

Die GABA-Idee, die sich gerade nicht auf den Wunsch nach einem GRÜNEN Jugendverband reduzieren läßt, ging in dieser Kontroverse unter. Die Zangengeburt des grün-alternativen Jugendverbandes Schleswig-Holstein (GAJ) und sein Versuch, im GABA-Spektrum eine organisatorische Vorherrschaft zu erlangen, vertiefte die Gräben. Zwar bekräftigte die GAJ schriftlich und mündlich, daß sie "nicht Modell... für andere Bundesländer und schon gar nicht für eine bundesweite Jugendstruktur" 12) werden sollte, aber die vorgelegte Begründung für ihre Gründung ließ Unangenehmes ahnen: "Den Vorwurf nehmen wir in Kauf: Für knapp 50.000 DM jährlich, einen Ideal über'n Haufen zu schmeißen. Das nehmen wir in Kauf, die 50.000 DM auch!" 13). Und was kostet's auf Bundesebene?

Jugendlicher Anstrich gesucht

Nach wie vor besteht - keine Frage - ein programmatisches jugendliches Defizit bei den GRÜNEN, und ein organisatorisches für alternative und linke Jugendliche. Bei der Beseitigung dieser Defizite treten Interessensgegensätze offen zutage: Selbstbestimmte Jugendpolitik versus Partei Jugendpolitik, organisatorische Autonomie versus Parteiabhängigkeit. Viele GRÜNE FunktionärInnen bekunden des öfteren öffentlich ihren Wunsch nach einem GRÜNEM Jugendverband, sei es, weil die Partei als jugendfeindlich gilt, und die JungwählerInnen sich nach Alternativen zu den GRÜNEN umschauchen, sei es, weil es zu wenig Jugendliche bei den GRÜNEN gebe, oder sei es, weil Jugendpolitik ja schließlich auch einen dafür vorgesehenen Raum braucht. Die innere Logik ist zweifellos bestechend: Weil die Partei jugendfeindlich ist, braucht man einen Jugendverband. Dann merkt's niemand mehr, und ändern muß sich auch nichts, die Jugend ist ja ver-

sorgt. Die ach so wenigen Jugendlichen sollen nun auch noch zusammengefaßt und damit aus anderen Politikbereichen verdrängt werden.

Institutionalisierte Jugendpolitik unter der Kandarre der Partei ist für eine Parlamentspartei eben effizienter, was Imagepflege, Zuarbeit und Rekrutierung angeht. Außerdem hat sie die Kontrolle über das, was passiert, und kann die lieben Kleinen jederzeit zur Ordnung rufen. Wer regierungsfähig sein will, muß allen bösen Überraschungen vorbeugen. Und schließlich - ein bißchen Kosmetik muß sein - kann Kritik ("Darf's 100 Gramm mehr sein?") nicht nur ertragbar, sondern auch ertragreich sein. Es soll ja noch Leute geben, die DIE GRÜNEN wegen ihrer Inhalte wählen. Wer auf radikale Politik verzichtet, braucht wenigstens einen guten Anstrich.

Anstrich gefunden?

GRÜNE und GRÜN-nahe Jugendliche sind sich nach wie vor (nicht nur) in der Organisierungsfrage uneinig. Da gibt es jene, die zwar im GABA vor noch nicht allzu langer Zeit eine GRÜNE Anbindung wortgewaltig ablehnten, jetzt aber auf eine BAG Jugend der GRÜNEN setzen (auch die Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft in der SPD...). Hinzu kommen die, die schon immer einen GRÜNEN Jugendverband wollten. Und dann sind da noch die, die ein gehöriges (und berechtigtes) Mißtrauen gegenüber den ausgefahrenen Gleisen der traditionellen Jugendverbandsstrukturen, die dem Prinzip der Selbstorganisation von ihrer Anlage her - Hierarchisierung, Anonymität, Starrheit - widersprechen, haben 14). In seinen politischen Konsequenzen ist der Unterschied zwischen BAG und Partei Jugendverband graduell: Beide setzen auf eine feste Anbindung an die Partei. Junges GRÜN kann so in aller Ruhe wachsen und gedeihen, bis es groß genug ist, in den Garten der Parlamentssitze umgepflanzt zu werden. Eine solche Orientierung ist zwar für die Partei sehr bequem, hat aber mit selbstbestimmter Jugendpolitik nichts zu tun und ist dementsprechend für die Mehrzahl der politisch aktiven Jugendlichen unattraktiv.

Die im BAG- und Verbandsmodell angelegte Fixierung und Abhängigkeit auf und

von der Partei aber bedeutet, sich freiwillig kontrollier- und instrumentalisierbar zu machen. Eine BAG oder ein Jugendverband können vielleicht nette Broschüren, Aktionen und Flugblätter machen - wenn man aber kritisch oder sogar ein bißchen "radikal" sein soll, erfüllt man seine Funktion, wenn man's ist, mehr nicht. Hier sind die Jusos das beste Lernbeispiel.

Neue Wege gehen

Tiefgreifende Umgruppierungsprozesse innerhalb der Linken machen sich auch und gerade im Jugendbereich bemerkbar. Mit der Abkehr eines Teils der SDAJ von dogmatischem Denken und der damit verbundenen Spaltung der SDAJ hat sich das alternative Jugendspektrum deutlich verbreitert. Analog zu den Entwicklungsprozessen der "Erwachsenen" gibt es auch im Jugendbereich Annäherungsprozesse; alte Feindbilder zerrinnen, neue Konstel-

lationen erscheinen möglich. Es sollte versucht werden, in einer Art Sammlungsbewegung einen politischen Zusammenhang zu schaffen, der das gesamte Spektrum GRÜNER und alternativer Jugendlicher umfaßt - von den SDAJ-ErneuerInnen über die diversen grünen, alternativen und bunten Jugendgruppen bis hin zu den Jungdemokraten. Dazu müssen neue Wege der Organisation gefunden werden, die ein Höchstmaß an Demokratie gewährleisten, auf bürokratische Verkrustungen verzichten und ein Optimum an Effektivität und gemeinsamer Handlungsfähigkeit beinhalten.

Jusos in grün - GRÜSOS - bringen weder die Partei noch die Jugendlichen weiter; sie wären die endgültige Absage an eine emanzipatorische Jugendpolitik.

Anja Krüger

Anmerkungen:

- 1) Siggie Martsch, SPIEGEL 42/1989
- 2) Heinz Suhr, SPIEGEL 51/1986
Heinz Suhr, damaliger MdB, startete 1986 eine Initiative zur Organisation GRÜNER Jugendlicher
- 3) Gernot Folkers, GRÜNE ZEITUNG NRW, Nr. 12/1987
Gernot Folkers war zu der Zeit im Landesverband NRW für Jugendpolitik zuständig
- 4) Heinz Suhr, a.a.O.
- 5) Nikolaus Huß (Landesgeschäftsführer BaWü), STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 30.11.87
- 6) Gernot Folkers, a.a.O.
- 7) Rezzo Schlauch, STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 30.11.87
- 8) Thomas Peick: "Die Schwierigkeiten, festen Boden unter die nassen Füße zu kriegen", in Rundbrief der GRÜNEN Schleswig-Holstein, Jan./Feb. 1989
- 9) Jürgen Hanert, SPIEGEL 51/1989
- 10) Gernot Folkers, a.a.O.
- 11) Ernst Christoph Stolper in einem internen Rundschreiben, dokumentiert in: Reader zu GRÜN-alternativer Jugendpolitik, 24.8.89 vom AL-Jugendbereich
- 12) Aus einem Schreiben der GAJ
- 13) ebenda
- 14) siehe auch: Verena Krieger/Pascal Bender: "Über die Irritierungslosigkeit Grüner Jugendpolitik", in Grüne Illustrierte Niedersachsen, Januar 1988



Jugendliche auf dem Sozialamt

Foto: Ralph Ruth, Berlin

DIE REAL EXISTIERENDE JUGEND DER GRÜNEN

Weshalb immer nur über die fehlende Jugend der Grünen lamentieren? Es gibt schließlich längst eine grün-alternative Jugend, die, wenn auch zahlenmäßig nicht stark und häufig ohne näheren Kontakt mit den Kreisverbänden, seit mittlerweile über zwei Jahren im Windschatten grün-parlamentarischer Fleißarbeit ein Mauerblümchendasein führt. Diese real-existierende grüne Jugend - sie geht mir allerdings mittlerweile auf die Nerven. Denn die zahlreichen lokalen Gruppen und Grüppchen und ihre diversen bundesweiten Zusammenschlüsse verbrauchen, so scheint's mir, einen kleineren Teil ihrer Power für Aktionen und interessante Diskussionen - dagegen einen sehr großen Teil für den Konkurrenzkampf untereinander und für's geschickteste Knete-abziehen bei den dummen Grufti-Grünen.

Es gibt derzeit mindestens drei mehr oder weniger parallel nebeneinander existierende Strukturen im grün-alternativen Jugendbereich: Das grüne Network, das sich bislang hauptsächlich um die europaweiten Kontakte bemühte und die internationalen Sommercamps grüner und linker Kids mitorganisierte. Die Jungdemokraten, alternativ geläutertes Relikt aus lange zurückliegenden linksliberalen FDP-Tagen. Und schließlich GABA (grün-alternativ-bunt-autonom), ein Zusammenschluß lokaler Gruppen aus den unterschiedlichsten politischen Spektren, an dem auch die beiden anderen Gruppierungen irgendwie beteiligt sind. Formell gibt es eine Art friedlicher Koexistenz zwischen den Dreien. Doch in der Praxis tobt hinter den Kulissen ein Dauerkampf darum, wer eines Tages die "eigentliche" grüne Jugend - und v.a. wer ihre Repräsentanten - sein wird. Das grüne Network biedert sich der Partei (und ihren Realos) als die einzige wirklich grün-grüne Nachwuchsgruppe an (die Alternativen sollen zwar auch mitmachen dürfen, im Zweifelsfall aber nix zu melden haben). GABA als Versuch, einen möglichst offenen Zusammenschluß zu bilden, gleichzeitig als Gegenmodell zum von immer mehr Leuten propagierten klassischen grünen Ju-

gendverband, ist praktisch gescheitert, weil handlungsunfähig. Und die Jungdemokraten, aufgrund ihrer lang existierenden Strukturen und (mageren) eigenständigen Finanzmittel im Vorteil und überall präsent, hoffen wohl insgeheim darauf, aufgrund der organisatorischen Unfähigkeit der anderen eines Tages zum Kern einer neuen grün-nahen Jugendstruktur bzw. eines Verbandes zu werden.

Das ist, mit einigem Hin und Her, der unbefriedigende anhaltende Zustand seit zweieinhalb Jahren, und ein befriedigendes Ende ist derzeit nicht abzusehen. Aus Frust, aber sicherlich auch aus anderen Interessen heraus wird in einigen Landesverbänden die Gründung von stinknormalen Jugendverbänden erwogen und - in Schleswig-Holstein längst geschehen, in Berlin systematisch vorbereitet - prak-



Foto: Ralph Rieth, Berlin

tisch angegangen. Klar, ein Jugendverband hat machtpolitisch im Gewühle konkurrierender alternativer Jugendgruppen erhebliche Vorteile: Über den Ring Politischer Jugend kann Staatsknete locker gemacht werden, und eventuell sonst noch existierende Gruppen aus dem links-alternativen Spektrum werden en passant ausgeschaltet. Aber was ins Kalkül einzelner Jugendfunktionäre paßt, ist noch lange nicht die beste politische Lösung des "Jugendproblems" der Grünen. Wenn wir zur Kenntnis nehmen: daß eine Jugendbewegung derzeit nicht existiert; daß Jugendkulturen, Lebensstile immer kurzlebiger und partikularer werden; daß nahezu alle klassischen Jugendverbände und -organisationen - insbesondere die der politischen Parteien - seit Jahren erheblichen Mitgliederchwund und Verlust an Attraktivität und politischer Hegemonie bei Jugendlichen zu verzeichnen haben - dann kann doch nicht im Ernst die Antwort der Grünen auf diese gesellschaftliche Realität die Gründung eines stinknormalen grünen Jugendverbandes sein - nur um RPJ-Mittel abzuzocken und dem Nachwuchsproblem vordergründig beizukommen. Jungfunktionäre, die in Parlamente und Parteigremien nachrücken, werden wir auf diese Weise zwar in ausreichender Zahl heranzüchten. Aber das viel gravierendere Problem, daß nämlich immer mehr Jugendliche nicht mehr durch grüne Politik angesprochen werden, und daß Protest in Ermangelung einer glaubwürdigen Alternative nach rechts geht, werden wir auf diese Weise nicht einmal im Ansatz lösen!

Ich bin also weder für die simple Scheinlösung "grüner Jugendverband" noch für die apologetische Festschreibung des Status quo. Patentrezepte habe ich natürlich auch nicht zu bieten. Aber ich kann die Stoßrichtung angeben, die die grüne Partei meiner Meinung nach in ihrer Jugendpolitik derzeit einschlagen sollte:

- Wichtigstes Prinzip muß nach wie vor die Selbstorganisation grün-links-alternativer Jugendlicher und Jugendgruppen sein. Keine Eingriffe von oben in die fluktuierenden Jugendstrukturen, keine Vorgaben und Akzeptanzkriterien; dazu gehört auch der Verzicht auf jegliches Gegeneinanderausspielen der - teils politisch, teils persönlich - konkurrierenden Zusammenhänge.

- Politische Anerkennung aller sich selbst als zum grün-links-alternativen Spektrum

gehörend definierenden Gruppen und Zusammenhänge als gleichwertige Ansprechpartner der grünen Partei. Das schließt das Recht der Gruppen ein, für sich selbst zu entscheiden, wie parteinah oder parteikritisch sie sind, ob sie mit den örtlichen grünen Gliederungen intensiv, wenig oder garnicht zusammenarbeiten.

- Bereitstellung von finanziellen Mitteln und grüner Infrastruktur für konkrete politische Projekte existierender Gruppen. Ich denke dabei an Aktionen, Flugblätter, aber auch an bundesweite Treffen und interne Rundbriefe. Hierfür muß ein eigener Fonds auf Bundesebene eingerichtet werden, der unbürokratisch und für die grüne Partei transparent ausgeschöpft werden kann.

- Um zu vermeiden, daß Geld und politische Unterstützung in undurchsichtige Kanäle fließt, daß nur die im Abzocken Erfahrensten von diesem Fonds profitieren oder daß interne Konflikte durch geschicktes Nutzen von Kontakten zur Parteispitze zum eigenen Gunsten entschieden werden können, fordern wir von den Jugendlichen durchsichtige und demokratische Binnenstrukturen ein. Das bedeutet, daß die Kontaktpersonen der Jugendlichen auf Bundesebene in irgendeiner Weise demokratisch legitimiert sein müssen, den anderen Jugendlichen gegenüber rechenschaftspflichtig und gegenüber der Partei verantwortlich sind. Dazu braucht's keinen klassischen Vorstand, sondern einfach klare Beschlüsse eines bundesweiten Treffens, zu dem rechtzeitig und umfassend eingeladen

wurde.

- Die Klärung ihrer Binnenstrukturen können wir den Jugendlichen nicht aus der Hand nehmen, wir können ihnen nur die Voraussetzungen dafür bieten, dies selbst zu tun. Langfristig ist selbstverständlich eine einheitliche bundesweite Vernetzungsstruktur wünschenswert - anstelle der merkwürdigen Dreigliedrigkeit, die es zur Zeit gibt. Das läßt sich aber nicht beschließen und aus dem Boden stampfen - höchstens als Machtakt von oben. Die Alternative dazu ist ein langsamer, von vertrauensbildenden Maßnahmen geprägter und selbstorganisierter Prozeß.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß der einzige Weg, die tieferliegenden Probleme wirklich zu lösen, eine Veränderung der grünen Partei selbst ist. Der bestausgestattete Jugendverband, die attraktivsten selbstorganisierten Jugendzusammenhänge haben den gravierenden Nachteil, daß die klassische Trennung zwischen der "eigentlichen" Politik und dem Spielfeld für den aufmüpfigen oder braven Nachwuchs dadurch festgeschrieben wird. Wenn wir das nicht wollen (und ich fürchte, viele wollen es ganz genauso), dann bleibt eigentlich nur eine Alternative: Die grüne Partei muß sich so verändern, daß Jugendliche sie wieder als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen, als Instrument zur Verwirklichung ihrer politischen Vorstellungen begreifen und sie auch so nutzen wollen!

Verena Krieger

termine - termine - termine - termine - termine -

- 21./22. 10. 89: BHA-Sitzung (Bornheim-Roisdorf, Gaststätte "Zur Wolfsburg" / bei Haus Wittgenstein)
22. 10. 89: MVV der AL WestBerlin (Thema: Antifa)
- 28./29. 10. 89: Landesversammlung NRW
- 3.-5. 11. 89: Landesversammlung Bayern
- 17.-19. 11. 89: 2. Perspektivenkongreß in Saarbrücken, Saarlandhalle
30. 3.-1. 4. 90: Außerord. BDK in Hagen
- 8.-10. 6. 90: Ordentl. BDK in Würzburg

Der Versuch, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen . . .

Reichlich spät, zu einem Zeitpunkt, wo diese Diskussion in einigen Landesverbänden und vor Ort so weit fortgeschritten ist, daß sich grüne bzw. grün-nahe Jugendliche bereits in eigenen Strukturen organisiert haben, ereilt auch die grünen Funktionäre und Gremien auf Bundesebene die Erkenntnis über die Notwendigkeit einer (hoffentlich) ausführlichen Debatte über (grüne) Jugendpolitik. Bleibt zu wünschen, daß diese Diskussion und das Interesse an ihr darüber hinausgeht, den JungwählerInnenanteil wieder zu steigern und die grünen Mitgliederzahlen zu verbessern. Sie bietet nämlich grundsätzlich die Chance, daß Jugendliche bei den GRÜNEN endlich mehr Gehör, Beachtung und einen Raum finden, den sie mit ihren Interessen und Forderungen ausgestalten können.

Der Versuch, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen . . . Drei Jahre grün-alternative Jugendstruktur

Hoffnungsvoll schauten wir in die Zukunft, als zu unserer Überraschung zum 1. Bundestreffen Grüner-Alternativer-Bunter-Autonomer Jugendgruppen (GABA) am 31. 1./1. 2. 1987 in Westberlin fast 100 Jugendliche aus ca. 20 Jugendgruppen und acht Bundesländern anreisten. Der erste Schritt zu einer grün-nahen Jugendstruktur, die die verschiedensten Strömungen zusammenfaßte, schien getan. Doch der Schein täuschte.

Schon von Beginn an konnte der selbstformulierte Anspruch einer Koordination und Vernetzung grüner, alternativer, bunter und autonomer Gruppen nicht eingelöst werden: Den grünen Jugendlichen war die GABA-Politik zu wenig, während den linksradikalen und autonomen Jugendlichen GABA zu sehr an den GRÜNEN orientiert war.

Hinzu kam, das GABA sich permanent mit Angriffen der Jungdemokraten auseinandersetzen mußte. Ein Teil von diesen bemühte sich, die GABA-Struktur dadurch zu bekämpfen, daß er jeden kol-

lektiven politischen Prozeß, jede inhaltliche Diskussion und jeden praktischen Ansatz im Keim durch formalistische Debatten zu ersticken versuchte.

Das Klima auf den Delegiertentreffen war aufgrund dessen gespannt, und die Teilnahme wurde für viele mehr zur Pflicht, als daß sie dem Austausch untereinander diene und politisch von Nutzen war.

Aber auch intern brodelte es, nicht nur wegen der Frage, wie halten wir es mit den GRÜNEN? So konnte inhaltlich zwischen den unterschiedlichen Gruppen kein tragfähiger Konsens hergestellt werden. Eine positive Entwicklung wurde damit blockiert.

18 Monate später beteiligten sich lediglich knapp zehn Gruppen am GABA, nachdem es durch die Gründung des 1. grün(nahen) Jugendverbandes auf Landesebene - der GRÜN-ALTERNATIVEN JUGEND Schleswig-Holstein (GAJ) - im Februar 1988 und auf dem grünen Perspektivenkongreß desselben Jahres zum offenen Bruch zwischen den grünen Jugendlichen auf der einen und den restlichen Jugendlichen auf der anderen Seite gekommen war. So entschlief die GABA-Struktur sanft, aber mit einem großen Knall. Auch der Versuch eines Neuanfangs im Frühjahr dieses Jahres verlief nach kurzer Zeit wieder im Sande.

Als Fazit bleibt abschließend festzuhalten, daß das GABA zwar verschiedene linksalternative Jugendgruppen zu vernetzen suchte, was durchaus positiv ist, aber darüber hinaus aufgrund eigener politischer Unzulänglichkeiten und struktureller sowie allgemeinpolitischer Bedingungen kein jugendpolitisches Profil, weder inhaltlich noch in Form einer Kampagnenfähigkeit entwickeln konnte.

Die Wüste lebt eine Bestandsaufnahme

Dennoch ist die Situation bei weitem nicht die, wie sie sich zu Beginn des Jahres 1987

darstellte. All den Widrigkeiten zum Trotz, die wir im letzten Abschnitt geschildert haben, gibt es heute - hauptsächlich in den Städten und auf Landesebene - grün-alternative Jugendgruppen, auch wenn die Organisationsformen nicht einheitlich sind.

In Schleswig-Holstein arbeitet der erste, von der Partei anerkannte, grüne Jugendverband mit derzeit sechs Kreis- und zwei Ortsgruppen - die GRÜN-ALTERNATIVE JUGEND (GAJ). In verschiedenen anderen Städten - u.a. Dortmund, Essen, Esslingen, Groß Gerau - haben sich die Jugendlichen ebenfalls in Verbänden organisiert. In Berlin steht die ALTERNATIVE JUGENDORGANISATION WESTBERLIN (AJW) kurz vor der Anerkennung durch die AL, während in BaWü und Bayern die Diskussionen über und der Aufbau einer Jugendorganisation noch im Gange sind. Als Landesarbeitsgemeinschaft bei den GRÜNEN sind Jugendliche in Niedersachsen und mit ähnlichem Status in Hessen - als "Frankfurter"-Jugendstammtisch - aktiv. In Rheinland-Pfalz regelt ein Vertrag mit den Jungdemokraten die dortige grüne Jugendpolitik. Schlußendlich in Hamburg haben sich verschiedene Gruppen zur Alternativen Jugendinitiative zusammengeschlossen, auch wenn diese Initiative nach unseren Informationen nur noch auf dem Papier existiert.

Aber das ist bei weitem noch nicht alles, was sich auf dem sogenannten grünen oder alternativen Jugendspektrum bewegt. Junge Menschen engagieren sich heute im Sinne einer grünen Politik wie schon oben erwähnt verstärkt in antifaschistischen Zusammenhängen und in ökologisch orientierten Jugendverbänden. Durch seine gewachsenen Strukturen fungiert der ehemalige Jugendverband der FDP - die Deutschen Jungdemokraten - ebenfalls als Auffangbecken in einigen Bundesländern, vor allem dort, wo es noch keine eigenständige grüne Jugendpolitik gibt. Die Jungdemokraten sind zudem die einzige grün-nahe Jugendorganisation, die sich im Rahmen des Jugend-

austausches betätigt und derzeit über eine bundesweite Vernetzung verfügt. Nicht nur deswegen stellen diese derzeit einen wichtigen Faktor im grün-alternativen Jugendbereich dar. Viele Jungdemokraten sehen auch heute noch - trotz beginnender Organisierung von grünen Jugendlichen - ihren Verband als "Jugendorganisation der GRÜNEN im Wartestand" an. Eine Alternative sind sie für grüne Jugendliche allerdings nicht, da sie als einen bewußten politischen Schritt die Distanz zu den GRÜNEN wollen. Und zusätzlich haben sie ihre Geschichte als Ex-FDP-Jugendverband noch lange nicht aus ihrer Mitgliederkartei bereinigt.

Vorwärts - und nicht vergessen ...

Das Projekt GABA ist gescheitert, die Judos stellen keine Alternative dar, was trotzdem immer noch fehlt, ist eine bundesweite Grüne Jugendstruktur, die erstmal beginnt bei der Vernetzung der verschiedenen Jugendinitiativen in den Bundesländern und vor Ort in den Kreisverbänden. Dies wäre überhaupt die Grundlage, um eine bundesweite Jugendpolitik entwickeln zu können und einen kontinuierlichen Ansprechpartner für die Öffentlichkeit seitens der GRÜNEN, der auch den Anspruch der Basisdemokratie erfüllt, in Sachen Jugendpolitik zu haben.

Allerdings halten wir Diskussionen über einen bundesweiten Jugendverband für verfrüht, weil weder die entsprechende Basis noch die inhaltliche Grundlage vorhanden wäre. Deswegen wäre eine Zu- oder Absage an ein solches Projekt eine vorschnelle und unreflektierte Entscheidung.

Bis dahin brauchen wir eine Struktur, die es ermöglicht, daß sich die verschiedenen Ansätze in den Bundesländern in Ruhe entwickeln können, die andererseits auch den Bedarf einer inhaltlichen und strukturellen Diskussion unter den grünen Jugendlichen und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampagnenfähigkeit - z.B. für den Bundestagswahlkampf 1990 - ebenfalls ermöglicht.

Eine Struktur, ähnlich einer Bundesarbeitsgemeinschaft in den GRÜNEN, würde diese Kriterien erfüllen, ohne eine neue Spielweise außerhalb zu schaffen.

Shock the green monkey ... Ein Kulturschock bei den GRÜNEN ist nötig

Denn die GRÜNEN sind schon lange nicht mehr die Partei, in der Jugendliche und junge Menschen ihre Interessen gut aufgehoben und vertreten sahen: Zu sehr haben diese sich in den letzten Jahren verändert und an die altetablierten Parteien angepaßt. Nicht nur Jugendliche bekamen diese Veränderung zu spüren, die Utopien und spektakuläre Aktionen, mit denen DIE GRÜNEN einmal bekanntgeworden waren, verdrängte. Die grüne Partei verschwand sozusagen in der parlamentarischen Tagespolitik. Die Funktionäre und Gremien der alternativen Bewegung beschränkten ihre eigene auf das Aktenwälzen, die parlamentarischen Anfragen und Struktur- wie Strategiedebatten - inklusive einmal jährlich die obligatorische Gesäßblockade.

Die SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, JuristInnen ... - mit ihnen eine ganze Generation - haben sich IHRE Organisation geschaffen. Die 68er Generation darf zumindest bei den GRÜNEN - wenn schon noch nicht in Bonn, wie nicht nur einige Frankfurter Ex-Spontis träumen - kulturelle Dominanz feiern.

Spätestens hier kapitulieren dann die trotz des inneren Zustandes der GRÜNEN noch interessierten jungen Menschen. Wieviele von diesen kommen freiwillig ein zweites Mal zu den grünen Versammlungen, sei es im Kreisverband oder einer Landeskonferenz, um sich dort zu engagieren und zu organisieren? Die politische Kultur, die Jugendliche vielerorts vorfinden, und dies ist unabhängig von der sogenannten Strömung, unterscheidet sich nur noch wenig von der in SPD-Verbänden.

Als JungwählerIn wird der Jugendliche auch von der grünen Partei allerorten umworben - so mancher KV hat bereits den Brief an alle ErstwählerInnen als wohleffektives, wenn auch teures und den Adressaten nervendes Wahlkampfmittel entdeckt. Aber der Spaß für die "Spätdreissiger" hört dann auf, wenn aktive grüne Jugendliche gleichberechtigte personelle und inhaltliche Beteiligung einfordern. Für Experimente ist halt keine Zeit mehr, und bei dem Versuch, die grüne

Partei von jedem intransigentem Widerspruch zur SPD zu befreien, um in den Schoß der Regierung zu streben, sind Jugendliche oftmals eine zu unberechenbare Kraft.

Chancen haben jüngere GRÜNEN-Mitglieder nur dann, wenn sie eine parteipolitische "Ochsentour" ähnlich der in anderen Parteien durchmachen. Die Wenigsten halten das im "Aufrechten Gang" durch und bleiben, wenn überhaupt, auf der "mittleren Parteiebene" hängen. Aber welche Chancen für eine inhaltliche und außerparlamentarische Erneuerung hat eine (grüne) Partei, wenn sie sich neuen Einflüssen verschließt und deren Repräsentanten die Tür vor der Nase zuschlägt?

Selbstgefällig wird dann bei den GRÜNEN gesagt, die gesamte Alternativbewegung hat an Ausstrahlung verloren und ist "älter" geworden, bei uns ist das nicht anders - da sind sich dann Linke und Realos einig. Doch, wenn wir genau hinschauen, wieviele Jugendliche engagieren sich in ökologisch orientierten Verbänden (BUND, Greenpeace, Robin Wood ...), in kirchlichen Gruppen, in "Dritte-Welt"-Zusammenhängen oder in der antifaschistischen Bewegung? Nur bei den GRÜNEN tut sich vielerorts noch reichlich wenig. Zu oft gibt es dort die grüne Jugendpolitik in ihren zarten Ansätzen nur noch deswegen, weil einige wenige (potentielle Berufs-)Jugendliche diese am Leben erhalten.

Öffnet DIE GRÜNEN !

Einen Kulturschock kann mensch sich auch selbst verordnen. Diese Chance haben DIE GRÜNEN und mit ihnen die Reste der alten "Neuen Linken" bisher vertan. Sie hatten bisher einige Male die Möglichkeit dazu ...

Anfang der 80er Jahre ergab sich diese Chance zumindest in den Städten durch die Hausbesetzerszene. In noch jüngerer Vergangenheit waren es die Jugendlichen, die nach Tschernobyl für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen oder 1987 die SchülerInnen, die zu zehntausenden gegen die "Abi-Deform" demonstrierten. Nicht zu vergessen die StudentInnen, die vor einigen Monaten gegen katastrophale Studien- und Wohnbedingungen auf die Straßen gingen.

Der so nötige "Kulturschock" und die inhaltliche und personelle Erneuerung bei den GRÜNEN sind augenblicklich noch nicht so recht in Sicht, auch, wenn die Debatte, die für diesen Herbst auf Bundesebene geplant, ein Anfang sein könnte. Ein Anfang zur Öffnung der Partei für Jugendliche aus dem "grünen" Spektrum, damit die Ansätze, die es derzeit in verschiedenen Bundesländern und einigen Kreisverbänden gibt, sich weiterentwickeln können und mit dazu beizutragen, auch die außerparlamentarische Durchsetzungskraft und Ausstrahlung der GRÜNEN wiederzubeleben.

Thomas Peick

Die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN stellt zum baldmöglichsten Zeitpunkt eine/n

Tagungshausleiter/in

für das parteieigene Tagungshaus Wittgenstein in Roisdorf bei Bonn ein. Die Stelle wird nach Haustarif in Anlehnung an BAT III bezahlt. Sie ist zunächst bis Ende Juni 1990 befristet. Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist danach möglich. Zu den Aufgaben der StelleninhaberIn gehört u.a.:

- Leitung des Tagungsbetriebes, Erstellung von Belegungsplänen, Belegungsquisition
- Personalkoordination
- Mitarbeit bei Konzeption von Tagungen und kulturellen Veranstaltungen
- Abrechnung des Tagungsbetriebes (Buchhaltung steht zur Verfügung)
- Unterstützung des Architekten bei Überwachung von Umbaumaßnahmen

Eine Dienstwohnung steht auf dem Grundstück zur Verfügung. Wir wünschen uns Bewerbungen von teamfähigen Menschen, die in diesem Bereich Berufserfahrung haben. Offenheit gegenüber grün/alternativer Programmatik wird erwartet.

Aussagefähige Bewerbungen mit etwaigen Referenzen schickst Du bitte bis zum 27. Oktober an
DIE GRÜNEN, z. Hd. Eberhard Walde, Postfach 1422, 5300 Bonn 1

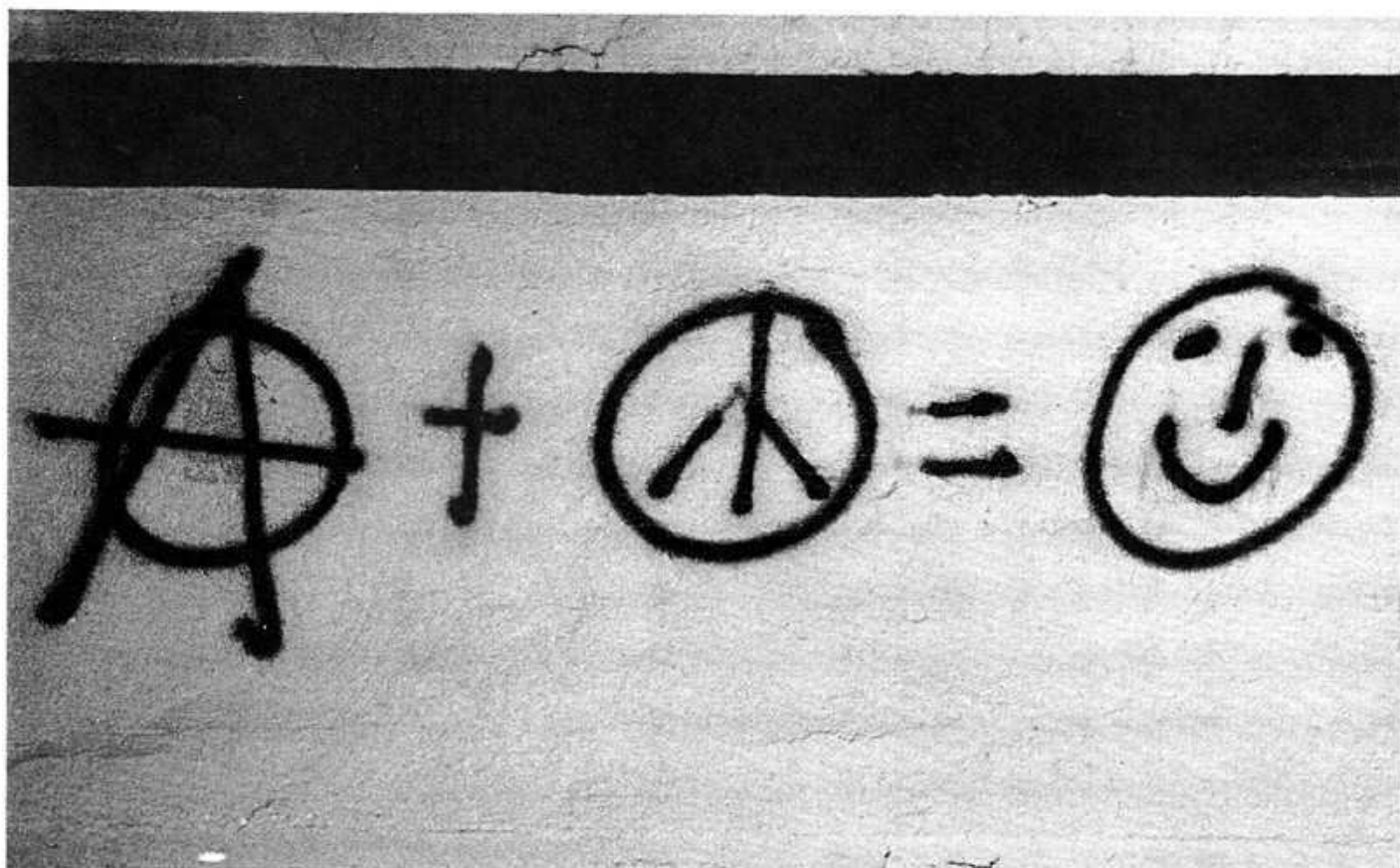


Foto: Jürgen Siegmann, Bielefeld

Anmerkungen zur GRÜNEN Jugendpolitik

I Was allgemeines zu Beginn

Niemand bei den GRÜNEN diskutiert gerne über grüne Jugendpolitik. Die "Nicht-Jugendlichen" GRÜNEN - wie soll man sie eigentlich nennen -, registrieren immer deutlicher, daß den GRÜNEN die Jugendlichen weglaufen. Sogar das Wort der "Vergreisung" macht die Runde. Gerade in Wahlkampfzeiten bricht dann plötzlich die große Hektik aus, werden mit Entsetzen die JungwählerInnen-Statistiken gelesen und die ollsten jugend-"politischen" Kamellen ausgekratzt: Feten (2 h Disco, 10 min Politik), ErstwählerInnenveranstaltung etc.

Eine andere mögliche Reaktion, wenn man GRÜNE auf Jugendpolitik anspricht, besteht darin, daß die eigene Jugend mystifiziert und die heutige mit Schlagwörtern als unpolitisch, orientierungslos und konsumorientiert abgefertigt wird. Die Bandbreite dieser Gummiwörter macht deutlich, wie wenig man es sich erklären kann, daß die Attraktivität der GRÜNEN bei Jugendlichen nachläßt.

Betrachtet man jedoch mal nicht nur Wahlergebnisse, so ist festzustellen, daß zwar DIE GRÜNEN als Partei an Attraktivität verloren haben, grüne Inhalte von vielen Jugendlichen aber vertreten und gelebt werden. Grün-nahe SchülerInnengruppen, selbstverwaltete Jugendzentren, Umweltschutzgruppen, Selbstorganisationen - entstanden aus dem Bedürfnis, eigene Interessen organisiert zu vertreten, sich jedoch keinem Parteiapparat unterzuordnen, auf den man nur wenig Einfluß hat.

Das bestehende "grün-nahe" Potential unter Jugendlichen ist meines Erachtens höher, als das Gejammer über die unpolitische Jugend vermuten läßt. Nur schlägt die allgemeine "Krise der Linken" natürlich auch auf linke Jugendliche um. Das Fehlen gesellschaftlicher Perspektiven ist schließlich nicht nur ein Problem der Jugendlichen, sondern auch der GRÜNEN. Ohne eigene gesellschaftliche Utopie und die Idee der Durchsetzung können DIE GRÜNEN natürlich wenig Anzie-

hungskraft auf die "orientierungslose" Jugend ausüben. Das Problem GRÜNER Jugendpolitik ist das Problem der GRÜNEN Parlamentsfixiertheit, langweiligen Mitgliederversammlungen und unpolitischen Endlosdiskussionen.

II "Grün-nahe"

GRÜNE und grün-nahe Jugendliche haben in den vergangenen Jahren viel über Organisationsstrukturen und wenig über politische Inhalte diskutiert. Die Entwicklungen in diesem Bereich wurden jedenfalls nie langweilig. Die meisten grün-nahen Jugendlichen sehen sich in kritischer Nähe zur Partei und lehnen die Gründung einer GRÜNEN Nachwuchsgruppe ab. Sie wollen sich zwar organisieren, aber nicht vereinnahmen lassen. Und da meistens "Nicht-Jugendliche" GRÜNE die Initiative zur Gründung GRÜNER Nachwuchsgruppen ergreifen, haben diese Jugendlichen auch eine (berechtigte) Furcht, eher auf ein Abstellgleis gestellt, als "gefördert" zu werden.

Neben den Jungdemokraten haben sich GABAs und Network als grün-nahe Jugendstrukturen gebildet, wobei die Übergänge aller drei Strukturen durch Doppel- bis Dreifachmitgliedschaften fließend sind. In Schleswig-Holstein hat sich die GRÜN-Alternative Jugend (GAJ) als erster Partei Jugendverband etabliert. Aus West-Berlin kündigt sich in unregelmäßigen Abständen die Gründung einer AL-Jugendstruktur mit neuem, jeweils besserem Konzept an.

III GRÜNE und Jungdemokraten

Das Verhältnis zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN ist kein klares und gibt immer wieder Anlaß zu den vielfältigsten Spekulationen. 1987 beschlossen die Jungdemokraten, DIE GRÜNEN als ihren parlamentarischen Ansprechpartner zu betrachten. Dieser Beschluß war zu Beginn nicht unumstritten, nachdem die Jungdemokraten nach ihrer Trennung von

der FDP 1982 ausschließlich außerparlamentarisch gearbeitet hatten. Die Zusammenarbeit zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN entwickelt sich regional unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz z.B. beschloß auch der GRÜNE Landesverband, die Jungdemokraten als ihren "Ansprechpartner im Schüler- und Jugendbereich" zu betrachten und auf den Aufbau einer eigenen Partei Jugendorganisation ausdrücklich zu verzichten.

Schwierigkeiten macht vielen GRÜNEN die Tatsache, daß die Jungdemokraten trotz des Etiketts "grün-nah" gleichzeitig ein parteiunabhängiger Verband sind. Manche GRÜNE denken in dieser Frage nach dem Schema, daß alles was nicht per schriftlicher Mitgliedschaft an DIE GRÜNEN gebunden ist, zum politischen Gegner gehört.

IV Aufgabe der GRÜNEN

Die Aufgabe der GRÜNEN besteht m.E. darin, grün-alternative, selbstorganisierte Jugendstrukturen zu fördern. DIE GRÜNEN müssen akzeptieren, daß viele Jugendliche die "kritische Nähe" zur Partei bevorzugen. Eine grüne Jugendorganisation, von den allerwenigsten Jugendlichen gewollt, würde diese Selbstorganisationen zerstören.

Die Förderung grün-alternativer Jugendstrukturen kann heißen:

- die Arbeit materiell abzusichern, ohne eine Parteiabhängigkeit zu erpressen und organisatorische Hilfestellungen zu geben,
- die inhaltliche Auseinandersetzung mit Vorstellungen und Forderungen grün-alternativer Jugendlicher, nicht in "Jugendforen", sondern im Gesamtplenium.

Patrick Donges
(20 Jahre, Zivildienstleistender,
Bundesvorstand Jungdemokraten und
Sprecher der GRÜNEN Ludwigshafen)

JUNGDEMOKRATEN - PARTEIUNABHÄNGIG UND GRÜNNAH?

“Ich habe vor zehn Jahren als Jüngste angefangen und bin heute immer noch die Jüngste”, zitiert der SPIEGEL Verena Krieger und füllte so die Sommerlochseiten mit dem Dauerbrenner, der Partei DIE GRÜNEN gingen die Jugendlichen aus. Ich bin jünger als Verena, und ich kenne mehr als ein weiteres grünes Mitglied, das es auch ist, mag sein, daß es daran liegt, daß ich seit Juni Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten bin.

Und als jener habe ich ein paar Worte an die grüne Basis zu richten, und zwar in grünen Jugendangelegenheiten, oder ehrlicher: in eigener Sache.

DIE GRÜNEN haben ein Problem: die Jugend bzw. eben keine. Zu dessen Lösung bieten sich verschiedene Konzepte an.

Variante 1: Die Jugendlobby in der Partei

Die Einen versuchen, den wunden Punkt der Grünen, die “Marktlücke” Jugendpolitik, zu schließen, indem sie eine Art Lobbypolitik für Jugendliche in der Grünen Partei betreiben mit dem Ziel, Jugendlichen den Einzug in Vorstände und Parlamente zu ermöglichen. Ob als eng an die Grünen gebundener Jugendverband à la JU/Julis oder als Arbeitsgemeinschaft in der Partei, der originär grüne Jugendverband ist im Grunde eine stinknormale traditionelle Partei-Jugendorganisation, richtig realistisch ist es also.

Realistisch ist aber auch ihre absehbare Unattraktivität, den sie mit dem Nachwuchs anderer teilen wird. Die sind nämlich in der Krise, verlieren Mitglieder und jammern über die angebliche Entpolitisierung der Jugendlichen. Diese Organisatio-

nen kranken an ihrer Struktur und Arbeitsweise und bekommen den “Vertrauensverlust der Parteiendemokratie” hautnah zu spüren.

Die Jungen Grünen wurden den Ansprüchen an eine alternative Jugendstruktur

zwar keineswegs gerecht, stellten den GRÜNEN aber zumindest Wahlkampf an den Schulen und Zensurmöglichkeiten via Finanzen sicher. Eine solche Jugendorganisation ist nicht mehr als ein Transmissionsriemen für die Partei und läßt für Selbstorganisation von Jugendlichen wenig Raum.



Jugendliche arbeiten an ihrem besetzten Haus in West-Berlin

Variante 2: Parteiunabhängig und grünnah

Weitaus weniger interessant als Karriere-sprungbrett sind da wir Jungdemokraten. Wir verstehen uns als parteiunabhängiger und radikal-demokratischer Jugendverband im grün-alternativen Spektrum. Die Krise der Jugendverbände hat uns bisher links liegen gelassen, wohl auch, weil die Schwelle, sich bei uns zu organisieren, niedriger ist, gerade weil wir politisch und organisatorisch selbständig sind.

Seit einigen Jahren arbeiten wir themen- und projektgebunden mit den GRÜNEN zusammen und betrachten sie als unseren Ansprechpartner im parlamentarischen Bereich. Wir würden uns freuen, wenn es von grüner Seite ein Pendant zu diesem Beschluß gäbe, in dem die Jungdemokraten als Ansprechpartner im Jugendbereich genannt wurden. Natürlich wissen wir, daß auch ein parteiunabhängiger Jugendverband, der sich auf DIE GRÜNEN bezieht, die Funktion erfüllt, potentielle Mitglieder in die Partei zu sozialisieren; sogar allemal besser als ein langweiliges, aber organisch grünes Projekt es könnte.

Inzwischen hat an verschiedenen Orten das Gespenst eines grünen Nachwuchsverbandes Konturen angenommen. Mit diesen Gruppen stehen wir - auch wenn Zusammenarbeit möglich ist - objektiv in einer Konkurrenz-Situation: um Mitglieder desselben politischen Spektrums und um die "Gunst" derselben Partei, auch wenn sich die Konzepte unserer Arbeit und zum Teil unsere Inhalte deutlich unterscheiden. GABA, d. h. der vor drei Jahren gestartete Versuch, mit geringem Organisationsgrad eine bundesweite Vernetzung von lokalen Gruppen im Grün-Alternativ-Bunt-Autonomem Spektrum herbeizuführen, hat sich als ein zum Scheitern verurteiltes Projekt erwiesen. Dies lag zum einen an der zwiespältigen Haltung der Jungdemokraten, die sich bei Beteiligung am GABA-Delegiertenrat plötzlich in ihre Kreisverbandsbestandteile zerlegt sahen und nie so recht warm damit wur-

den. Andererseits haben diejenigen, die sich von Anfang an in der Rolle des 1. Vorsitzenden des Grünen Jugendverbandes sahen, sich schnell wieder aus GABA zurückgezogen. Sie waren die beharrliche Auseinandersetzung mit alternativer Organisationsfähigkeit leid und gingen in die (vorläufige) Diaspora Kieler und Berliner Provinzfürstentums. Von dort aus favorisieren sie jetzt eine "BAG Jugend", die "kleine Lösung", sprich: grüne Jusos minus innerverbandliche Demokratie.

Im Gegensatz dazu wollen wir nicht Teil der grünen Partei werden. Der Beschluß unserer Bundesdelegiertenkonferenz 1987, DIE GRÜNEN als "parlamentarischen Ansprechpartner" zu betrachten, hält inhaltliche Gemeinsamkeiten fest und definiert den druckempfindlichen Teil des parlamentarischen Systems, an den wir unsere Forderungen richten. "Parteiunabhängig" und "grünnah" sind keine widersprüchlichen Attribute für einen Verband, der sich als Selbstorganisation von Jugendlichen im grün-alternativen Spektrum versteht.

Auch Teil einer Strömung im grünen Gewässer sind wir nicht. Nichtsdestowe-

niger sind viele Jungdemokraten gleichzeitig grüne Parteimitglieder. Sie finden sich dort auf unterschiedlichen Flügeln wieder, zugegebenermaßen mehrheitlich auf der Parteilinken.

Daß sich in verschiedenen Organisationen andere (bündnis-)strategische Fragen stellen, ist häufig schwierig zu vermitteln. Ein religiöses Verhältnis zu "rot-grün" haben wir nicht - so oder so. Wenn wir uns 1990 entscheiden müssen, ob ein rot-grünes Projekt unsere Unterstützung findet, weil es zumindest in Teilbereichen für radikaldemokratische und emanzipatorische Fortschritte steht (statt das zu modernisieren, was wir ablehnen), dann müssen wir eines zumindest nicht befürchten: daß sich die sachzwangvermittelten Diskussionen einer Regierungspartei in unsere Strukturen übertragen werden.

DIE GRÜNEN werden sich über kurz oder lang entscheiden müssen, auf welches Ticket sie im Jugendbereich setzen werden. Es bleibt zu hoffen, - zu diesem Ergebnis komme ich egal von welcher Seite meiner Mitgliedschaften ich es betrachte - daß sie bequem Entscheidungen scheuen werden.

Markus Buchting

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Landen und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.

(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:

medico international

Obermainanlage 7

6000 Frankfurt 1

Tel. 069/4990041/2

aej

Porschestraße 3

7000 Stuttgart 40

BDKJ

Postfach 320520

4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)



